

Tierseuchenbehördliche Allgemeinverfügung Nr. 10/2022 zur Aufhebung der tierseuchenbehördlichen Allgemeinverfügungen Nr. 04/2022 und Nr. 05/2022 zum Schutz gegen die Hochpathogene Aviäre Influenza (HPAI, Geflügelpest) -Sperrzone, Stallpflicht und weitere Maßnahmen-

I.

Hiermit hebe ich die am 12.08.2022 und 17.08.2022 erlassenen tierseuchenbehördlichen Allgemeinverfügung Nr. 04/2022 und Nr. 05/2022 und somit die Festlegung einer Sperrzone und die damit verbundenen Schutzmaßregelungen auf.

II.

Diese Allgemeinverfügung tritt am **23.09.2022** um 00:00 Uhr in Kraft.

Begründung:

Zu Nr. I:

Mit Allgemeinverfügung vom **12.08.2022** wurde eine Sperrzone, bestehend aus einer Schutz- und einer Überwachungszone im Landkreis Osnabrück festgelegt, da bei gehaltenem Geflügel in einem Betrieb in der Stadt **Dinklage** die Geflügelpest amtlich festgestellt wurde. Durch einen weiteren amtlich festgestellten Ausbruch in der Stadt Dinklage wurde die Sperrzone mit der Allgemeinverfügung vom **18.08.2022** erweitert. Am **23.08.2022** ist der dritte Ausbruch innerhalb kürzester Zeit in einem Betrieb im Landkreis Vechta (Ortsteil Langwege) amtlich festgestellt worden. Die vom 3-km-Radius und 10-km-Radius betroffenen Geflügelhaltungen/Betriebe im Landkreis Osnabrück unterlagen bereits den Schutzmaßregeln der Allgemeinverfügungen Nr. 04/2022 und Nr. 05/2022, sodass keine neue Allgemeinverfügung durch den Landkreis Osnabrück erlassen wurde.

Gemäß Artikel 21 Absatz 1 Verordnung (EU) 2020/687 ist bei Ausbruch einer Seuche der Kategorie A in einem Betrieb, wie es die Geflügelpest darstellt, gemäß Buchstabe a) in Verbindung mit Anhang V eine Schutzzone von mindestens 3 km und gemäß Buchstabe b) in Verbindung mit Anhang V eine Überwachungszone von mindestens 10 km im Radius um den betroffenen Betrieb als zusammenhängende Sperrzone zu bilden.

Mit der Allgemeinverfügung Nr. 08/2022 vom 16.09.2022 wurde die errichtete Schutzzone aufgrund von Artikel 39 Abs. 1 Verordnung (EU) 2020/687 in Verbindung mit Anhang X aufgehoben. Für die in der ehemaligen Schutzzone liegenden Geflügel haltenden Betriebe galten nunmehr die Schutzmaßregelungen der Überwachungszone.

Nach Ablauf der Mindestfrist von 30 Tagen kann ich die Seuchenbekämpfungsmaßnahmen in der Sperrzone gemäß Artikel 55 der Verordnung (EU) 2020/687 in Verbindung mit Anhang XI aufheben. Die Überprüfungen in anderen Geflügelhaltungen ergaben, dass keine weiteren Feststellungen über die Verbreitung der Geflügelpest festzustellen sind. Daher entfällt der Grund für die Aufrechterhaltung der Sperrzone und die für diese Zone festgelegten Schutzmaßregelungen.

Der Landkreis Osnabrück ist für den Erlass dieser Allgemeinverfügung sachlich und örtlich zuständig. Ich habe die Allgemeinverfügungen erlassen und hebe nunmehr die Sperrzone auf.

Zu Nr. II:

Auf Grundlage der §§ 41 Absatz 4 Satz 4, 43 Absatz 1 VwVfG kann in einer Allgemeinverfügung der Tag der Bekanntgabe und damit der Wirksamkeit der Verfügung festgelegt werden. Von dieser Möglichkeit habe ich Gebrauch gemacht.

Hinweis:

Die Tierseuchenbehördliche Allgemeinverfügung Nr. 07/2022 vom 05.09.2022 gilt weiterhin. Für die tierhaltenden Betriebe/Geflügelhaltungen in der dort festgelegten Sperrzone werden die angeordneten Maßnahmen somit weitergeführt.

Link zur Allgemeinverfügung Nr. 07/2022: https://www.landkreis-osnabrueck.de/system/files?file=2022-09/tierseuchenbehordliche-allgemeinverfugung-nr.-07-2022-geflugelpest_1.pdf

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 5, 49074 Osnabrück erhoben werden.

Auf Ihren Antrag kann das Verwaltungsgericht Osnabrück die aufschiebende Wirkung gemäß § 80 Absatz 5 VwGO ganz oder teilweise wiederherstellen.

Osnabrück, 22.09.2022

Im Auftrag

Gez.

Dr. Fritzemeier

Ltd. Veterinärdirektor

Rechtsgrundlagen:

- Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrecht“)
- Delegierte Verordnung (EU) 2020/687 der Kommission vom 17. Dezember 2019 zur Ergänzung der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich Vorschriften für die Prävention und Bekämpfung bestimmter gelisteter Seuchen
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der zurzeit geltenden Fassung
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), in der zurzeit geltenden Fassung

in der jeweils gültigen Fassung